

Wilsdruffer Tageblatt

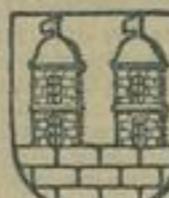
Verleger Wilsdruff N. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkonto Dresden 2640

Gedruckt mit Wissens- und Zeitungsnotizien 5 Uhr bis den folgenden Tag. Zeitungspreis bei
Gesellschaftung 10 Pf. durch unsere Wilsdruffer Zeitungen in der Stadt monatlich 10 Pf. auf dem Lande

10 Pf. durch die Post besorgt dientlich 10 Pf. mit Zustellungszettel. Alle Poststellen und Postorte sowie
unserer Ausländer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
ahnlicher Verhältnisse darf der Bevölkerung keinen Anpruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Zeitungspreises.



Zeitungspreis 10 Pf. für die 6 gezeichneten Korpuszelle oder deren Raum, Reklame, die 2 spaltige Korpuszelle 10 Pf.
Bei Werbung und Jahreszahl entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von
Doktor 10 Pf. 2 gezeichnete Korpuszelle 10 Pf. Auflösungssatz 50 Pf. Aneignungnahme bis vorliegende
10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernsprechamt angelegten Übernahmen wir keine Gewalt. Jeder Abdruck
anspruch erhält, wenn der Druck durch Strafe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontrolle steht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats
zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 122

Sonnabend den 27. Mai 1922.

81. Jahrgang

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die amerikanischen Finanzleute machen eine Anleihe an Deutschland davon abhängig, dass die Entente aus weiteren Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland verzichtet.

* Reichswirtschaftsminister Schmidt erstattete im Reichstagssitzung einen Bericht über Genua.

* Der Reichsrat hat die erhöhten Postgebühren ab 1. Juli genehmigt.

* Bei einem nächtlichen Zusammentreffen des U-Boots "Hannover" mit dem Torpedoboot "S 18" kamen 10 deutsche Seelen zum Tod.

* In Berlin fand eine Tagung der Kolonialdeutschen statt, die sich dafür aussprach, dass Deutschland wieder Kolonien haben müsse.

Kolonien?

Die aus ihren Arbeitsgebieten vertriebenen Kolonialdeutschen traten soeben in Berlin zusammen und sohten eine Entscheidung, in der die Rückgabe der gerannten Kolonien gefordert wird. Der Versailler Vertrag hat Deutschland die Kolonien mit der Begründung entzogen, dass Deutschland sie nicht verwahren könne und das Recht verwirkt habe, als zivilierte Macht aufzutreten und Neuland zu zivilisieren. Die Entente hat sich nicht geäußert, den Krieg auch auf Afrika zu übertragen, und dort haben Schalter mit den deutschen Truppen die Einwohner für Deutschland gelämpft und dadurch ihre Abhängigkeit und ihre Dankbarkeit für die deutsche zivile Arbeit erwiesen. Offiziell stehen die ehemals deutschen Kolonien unter der Verwaltung des Völkerbundes und die Mandate sind noch nicht endgültig verteilt, aber schon zeigt sich der Verfall in den Kolonien sowohl bei den von England als auch den von Frankreich verwalteten. Die rechten Kinder Deutschlands sind zu Stiefelkindern ihrer Mandatäre geworden. Die fremde Kolonisationsarbeit geht darauf aus, alles Deutsche aus den Kolonien auszurrotten und dafür die eigene nationale Eigentümlichkeit zu übertragen.

Namentlich die Engländer haben mit allerdings zuweilen recht grausamen Mitteln ihre Kolonien hinzubringen versucht, bei den ehemaligen deutschen Gebieten verlor ihre Kunst, und das ist ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Arbeit, dass die Lüge von dem mangelhaften deutschen Verständnis für Kolonisation schlagend widerlegt. Die Verwaltung der deutschen Kolonien wird auf diese Weise für die Mandatäre eine immer größere Last. Deutschland gab seinen Überschuss an Volkstraff und an finanziellen Möglichkeiten für seine Kolonien aus. So machte die Erschließung solche Fortschritte, dass die Kolonien nicht mehr unrentabel waren. Aber der Krieg hat auch hier vieles zerstört, und so gilt es jetzt, von neuem anzufangen. Wenn die fremden Mandatäre glaubten, sie würden eine weitere Einnahmequelle erhalten, haben sie sich geträumt, die Verwaltung der Kolonien kostet ihnen weit aus mehr, als sie einbringt. Dabei geht der Wohlstand unserer ehemaligen Kolonien dauernd zurück. Die sozialen Verhältnisse haben sich erheblich verschärft, die Einwohner fühlen sich unglücklich und verlangen die deutsche Verwaltung zurück. Noch ist die Mandatverteilung nicht endgültig erfolgt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass, wenn die Besiedlung der Welt weitere Fortschritte macht, auch Deutschland wieder herangezogen werden muss zur Verwaltung seiner alten Arbeitsgebiete. Aber das hat noch gne Wege, und nur die Verhältnisse, die stärker sind als die politischen Interessen der Mächte, können dazu führen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung geht daran hinaus. England namentlich macht es wenig aus, ob es zu seinem Kolonialbesitz, der an sich schon überwältig ist und dem Mutterlande die größten Schwierigkeiten macht, einige Gebiete hinzugibt, die ihm auf lange Zeit hinaus nur um so größere Kosten machen. Es führt den Ausfall in doppelter Hinsicht.

Wenn England für die Revision der Reparationsbedingungen eintritt, so wird es dabei durch seine wirtschaftlichen Notwendigkeiten gezwungen, durch die es darauf angewiesen ist, Deutschland unter seinen Kunden zu sehen. Wenn aber diese Revision glücklich sein sollte, wird es sich zeigen, dass das deutsche Wirtschaftsproblem trotzdem noch ungelöst bleibt. Deutschland kann als Dokument um so eher für England eine Quelle des Gewinns sein, als seine Volkswirtschaft die früheren Grundlagen ihres Gedankens zurückhält. Deutschland wurde aber in seiner ganzen Entwicklung immer mehr auf seine koloniale Tätigkeit angewiesen, wo es den im Mutterlande nicht notwendigen Zuwachs an Menschen und Werten anlegte. Nur wenn diese Voraussetzungen wieder bestehen, kann es ein zufriedeneres und langlebigeres Deutschland wieder geben, und England würde bei einer teilweisen Rückgabe der Kolonien an Deutschland zum mindesten durch Einsparung Deutschlands als Handelsmacht auf der einen Seite die Ausgaben für diese Kolonien und die Verwaltungskosten einsparen, auf der andern Seite durch Deutschlands gehobene Kaufkraft Nutzen ziehen. Frankreich wird freilich die gewonnene Vergroßerung mit äußerster Zähigkeit verteidigen, wie es überhaupt einer Revision des Friedensvertrages die größten Widerstände entgegenstellt. Der Kolonialbesitz dürfte also auf lange

Zeit hinaus nicht in vollem Umfang zu Deutshland wiederkehren, aber die Entwicklung bereitet es vor, dass wenigstens ein Teil zur Sicherung der deutschen Volkswirtschaft zum alten Mutterlande zurückkehrt, und zwar teils aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die ebenso im Interesse Englands wie in dem Deutschlands liegen.

Die Tagung der Kolonialdeutschen.

Berlin, 24. Mai.
In der Universität fand der Hauptfest der von der Arbeitsgemeinschaft der kolonialen und kolonial interessierten Vereine Berlins statt. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Renn, hielt die Begrüßungsansprache über das Thema "Wissenschaft und koloniale Betätigung", in der er ausführte, die Veranstaltung der gegenwärtigen Kolonialtagung zeige, dass Verständnis und Sinn für Deutschlands koloniale Betätigung jetzt noch weiterleben. Prof. Renn hob hervor, welche Leistungen die deutsche Wissenschaft auf dem Gebiete der Kolonialforschung und in den Kolonien aufgetretenen Studien aufzuweisen habe. Es sei zu hoffen, dass auf den Stand unserer Kolonialpolitik wieder ein Aufschwung folgen werde. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Seitz, besprach die Wirtschaft Deutschlands in Togo, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika. Der jetzige Zustand sei unhalbar. Es müsse die Forderung erfüllt werden, dass die deutschen Kolonien wieder unter die deutsche Hoheit gelangen.

Wirtschaftsminister Schmidt über Genua.

Grundlagen für wirtschaftspolitische Erfordernisse.
Als erster der deutschen Delegierten von Genua hat noch vor dem Kanzler der Reichswirtschaftsminister Schmidt einen auch der Öffentlichkeit zugänglichen Bericht erstattet, und zwar hat er, seinem Arbeitsgebiet entsprechend, im wirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages einen eingehenden Überblick über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genfer Konferenz gegeben.

Die wirtschaftspolitische Situation der Südosteuropa-Länder ist grundsätzlich bezeichnet worden. Es ist eine Art, während umgekehrt die großen Industrieländer unter der Herrschaft des europäischen Wirtschaftsverbandes besonders empfindlich leiden. Auch die weltpolitische Stellung, Nationalismus oder Pazifismus, erweist sich in erster Linie begründet durch den Grad des Interesses der einzelnen Staaten an der Produktions- und Absatzfähigkeit der anderen Länder. So muss ein wesentlicher Grund für die Angriffslust der französischen Politik darin gesehen werden, dass Frankreich in Verhältnisziffern geringen Grade von der Wirtschaft anderer Länder abhängt. Die russische Wirtschaft bleibt auf Jahre hinaus darauf angewiesen, von den westlichen Staaten mit Geld und Produktionsmitteln unterstützt zu werden. Es steht außer Zweifel, dass das westeuropäische Kapital sich an der russischen Wirtschaft nur unter rein kapitalistischen Formen beteiligen wird. Selbstverständlich wird die russische Regierung sich alle Mühe geben, und sie wird, wie der Minister betonte, dabei Deutschland an ihrer Seite finden, eine Kolonialisierung Russlands zu verhindern.

Über die in Genua geäußerten Verhandlungen zur allgemeinen Zollpolitik bemerkte der Minister: Von deutscher Seite war von Anfang an die einzige Meistbegünstigung des Verfolger-Vertrages als eins der Hauptziele der nationalen Wirtschaft in den Vordergrund gestellt worden. Deutschland sah sich bei diesem für seine künftige Handelspolitik entscheidenden Vorstoß unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer, insbesondere von England. Schließlich wurde ja auch das System der Handelsverträge mit dem Ziel einer Meistbegünstigung als Hauptforderung in die Beleidigung aufgenommen.

Wenn Deutschland, erklärte der Minister zum Schlusse, in der nächsten Zeit mit einer größeren Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genfer Konferenz eine überaus weitvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein.

Die „internationale“ Reparationsfrage.

Ohne Schuldenvermindern keine Anleihe.

Die Pariser Verhandlungen des Finanzministers Hermann haben einen internationalen Meinungsaustritt über die Regelung des Zahlungsproblems herbeigeführt. So findet eine Ankündigung des "Daily Telegraph" viel Beachtung, in der gesagt wird, bevor irgend eine Aktion von den Alliierten gemeinsam oder von einer einzelnen Macht für den Fall, dass Deutschland am 31. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, vorgenommen werde, müsse die Reparationskommission erst feststellen, dass Deutschland vorwiegend seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Daraus hin muss dann noch eine Bewertung aller Unterzeichner des Versailler Vertrages stattfinden.

Alle vernünftigen Franzosen seien sich jetzt klar darüber, dass das Deutsche Reich nur durch internationale finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt werden könnte, seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich nachzukommen und dass eine Unterstützung dieser Art nicht erfolgen werde, wenn Frankreich von neuem zu Gewalt schreite.

Morgan und Dr. Bissel würden dies in

ihrer Erörterung mit den Sachverständigen der Reparationskommission zum Ausdruck bringen. Morgan selbst, der jetzt in Paris weilte, hat sich geweigert, den Journalisten irgendwelche Erklärungen zu geben, aber aus seiner Umgebung verlautet, dass in Sachverständigenkreisen damit gerechnet wird, dass die Verhandlung des Komitees zwei bis vier Wochen dauern werden. Man werde während der Konferenz Informationen aus alliierten Bankzentren heranziehen müssen. Auf Grund dieser Informationen werde das Komitee vorschlagen, dass der Gesamtbetrag der Reparationen herabgesetzt werde. Zu der Bedingung, dass die alliierten Regierungen sich verpflichten sollen, von ferneren militärischen Angriffen gegen Deutschland abzusehen, erklärt man in Kreisen der Reparationskommission, dass diese eine solche Bedingung nicht annehmen können, da sie gegen die Souveränität der Kommission verstöße.

Die angeblichen deutschen Vorschläge.

Von deutscher Seite wird über die Pariser Besprechungen stillschweigend bewahrt. Daher muss das, was französische Blätter melden, mit Vorbehalt aufgenommen werden. Es heißt dort: Hermes sieht voraus, dass Deutschland das Mortarium endgültig gewährt werde und es insgesamt nur 750 Millionen Goldmark zu bezahlen und für 1 Milliarde 750 Millionen Waren zu liefern hätte. Dazu kämen dann noch die geleisteten Kosten für die Ausgleichsbüros zur Entschädigung Privater sowie für die interalliierten Kommissionen.

Die kommende Zwangsanleihe.

Annahme des Gesetzes im Reichstag.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Reichstag mit den Einzelheiten des Zwangsanleihegesetzes. Die Ausschüsse haben die Vorlage in wesentlichen Punkten geändert, teilweise unter Widerspruch der Reichsregierung.

Die Ausschüsse beschlossen, dass unmittelbar nach Abschluss der zinslosen Zeit, also vom 1. November 1925 ab, bereits 4 Prozent Zinsen gezahlt werden. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Freigrenze. Die Ausschüsse haben sie erweitert in der Weise, dass einmal ohne Rücksicht auf die Art des Vermögens 100 000 Mark freibleiben, dann aber auch die Freigrenze sich auf 300 000 Mark erhöht, wenn das Vermögen hauptsächlich aus Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes besteht und das Einkommen für 1921 30 000 Mark nicht übersteigt. Die Freigrenze von 1 Million ist hauptsächlich auf den Fall beschränkt worden, dass das Einkommen besonders aus diesem Vermögen beträgt und das Einkommen 50 000 Mark nicht übersteigt, soweit es sich um Personen handelt, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind.

Der Tarif, der für die natürlichen Personen ursprünglich für die ersten 250 000 Mark 2 Prozent vorsah, ist dahin geändert, dass für die ersten 100 000 Mark 1 Prozent und für die nächsten 150 000 Mark 2 Prozent gezeichnet werden sollen. Der Reichstag räumt die Beschlüsse des Ausschusses an.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutschen Alten von 1871 bis 1914.

Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenvertrags der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Säuberung der deutschen Archivs. Das diplomatische Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die erste jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Die Pensionsförderungen im Reichstagsausschuss.

Das Pensionsförderungsgebot beschäftigte den Hauptausschuss des Reichstages. Angenommen wurde ein Entwurf, der gegen die sozialistischen Stimmen, noch dem ersten Arbeitseinkommen über 60 000 Mark den Rücklagen unterworfen werden sollen. Aufgenommen wurde die Bestimmung, dass das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Personen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahrs auf Rentgen oder in den Ruhestand versetzt werden. Der Demokrat Delius will in der zweiten Lektion einen Antrag stellen, dass die Bestimmung auf zwangsweise auf Grund ärztlicher Aussicht pensionierte Beamte ausgedehnt werde, die bereit seien, wieder in den Dienst einzutreten. Erhöhung der Gehüren für Geschworene.

Der Reichsjustizminister Radbruch hat soeben im Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen eingebracht. Der neue Entwurf sieht folgendes vor: Die Schöffen und die Vertrauenspersonen des Auskunftsgerichts erhalten eine angemessene Entschädigung für

den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdiensitausfall und den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand sowie Ertrag der Fahrkosten. Die Höhe der Entschädigung und der Fahrkosten bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats durch allgemeine Anordnung. Entschädigung und Fahrkosten werden nur auf Verlangen gewährt. Die Neuerung des Gesetzes besteht darin, daß für die Höhe der Entschädigung in erster Linie der Verdienstaussatz maßgebend ist, daneben aber auch der Aufwand für die Ausübung des Ehrenamtes noch vergütet wird.

Die Einführung einer Fremdensteuer.

Die Vorberatungen der Reichsstellen sind oft so weit vorgeschritten, daß im Verlaufe der nächsten Woche eine gemeinsame Besprechung über die Einzelheiten der geplanten Fremdensteuer stattfinden kann. Dabei soll der Weg zur Erreichung des Ziels genau festgelegt werden.

Frankreich.

✓ Tardieu kritisiert an Genoa. In der französischen Kammer wurde bei der Besprechung der Außenpolitik auch Genoa in die Debatte gezogen. Der rechtsoptimale Gegner Poincaré, der als Clemenceaus Gefinnungsgegnere bekannte Abgeordnete Tardieu behauptete, daß Frankreich gegenüber dem Vertrag von Rapallo und der Zusammenkunft im Haag keine genügend starke und starke Stellung eingenommen habe. Er spricht also dann von der wirtschaftlichen Solidarität, die während des Krieges die Alliierten getreut habe und die jetzt nicht mehr vorhanden sei. Er verlängert, daß die englische und die amerikanische Regierung dem Druck ihrer Geschäftsfreunde nachgeben. Er sagte ferner, die Rechte Frankreichs seien durch die Geheimen Verhandlungen beeinträchtigt worden. Seit 2½ Jahren steige man immer weiter herunter, und wenn man die Methode nicht ändere, werde das auch weiter so gehen. Man müsse nicht wie in Genoa ein Zusammenarbeiten mit den Feinden von gestern, sondern mit den Alliierten suchen.

Belgien.

✓ Genoa vor der Kammer. Der Minister des Innern, Gaspar, hat den Bericht der Genoer Konferenz in der Kammer geschildert und erklärt, daß die Genoer Beschlüsse auf eine sehr glückliche Weise eine neue Zeit eröffneten. Sodann sprach er von der Wirtschaftskommission, der die ungeheure Aufgabe gestellt gewesen sei, Mittel und Wege zu finden, um den internationalen Handel wieder zu einem regelmäßigen Rhythmus zu verhelfen. Er erinnerte an den durch den Vertrag von Rapallo geschaffenen Zwischenfall und sagte, dieser sei einer von deutscherseitigen gewesen, die dem Erfolg der Konferenz den schwersten Schlag versetzt hätten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat hat das deutsch-polnische Abkommen von Genf über Oberschlesien angenommen.

Hamburg. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde nach einem leichten Vortrage des früheren preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Warmbold über das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft geschlossen.

Oppeln. Den Beamten der oberschlesischen Abstimmungspolizei ist die Stellung zum 25. Juni gekündigt worden. Sie werden durch Schutzpolizei ersetzt. Ebenso wurde den Angestellten der Kreiskontrolleure gekündigt.

Wrocław. Der Ministerrat billigte einen Gesetzentwurf über die Anwendung der Verfassung der Republik Polen und die Einübung von Änderungen in der bisherigen Gesetzgebung für das Polen angeschlossene Gebiet Oberschlesiens.

DA Möslau. Der Rat für Arbeit und Verteidigung hat dem Revolutionären Kriegsrat der Sowjetrepublik den Befehlen gemacht, die im Jahre 1900 geborenen Rotarmisten auf unbestimmte Zeit zu beurlauben.

Möslau. Die Japaner haben die Überführung ihrer acht Division nach Vladivostok beendet; die neunte Division wird

ebenfalls erwarten. Die Stärke der japanischen Truppen im Küstengebiet beträgt dann 100 000 Mann.

Sofia. Der Director eines Oppositionsblattes Griflow, früher bulgarischer Geschäftsträger in Paris, Bern und Stockholm, wurde nachts in der Nähe seines Hauses ermordet. Die Mörder sind entkommen.

Deutscher Reichstag.

(218. Sitzung.) C.R. Berlin. 24. Mai.

Unter den geschäftlichen Mitteilungen, mit denen Präsident Doebe die heutige Sitzung eröffnete, befand sich die, daß als Vorlage das in Genf abgeschlossene deutsch-polnische Abkommen eingegangen sei. Hierauf begründete Abg. Lorell (Dem.), die Interpellation seiner Parteiengenossen über den Warenverkehr aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Gebiet. Der Redner fragt namentlich über die Erschwerung, Verzerrung und Verfälschung des Verkehrs durch den bürokratischen Betrieb der örtlichen Stellen des Reichsbeamtenrates für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr. Gegen die Überwachung an sich sei nichts einzurichten, aber es müsse dafür ein den wirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr entsprechenches Verfahren unter Mitwirkung der Handelskammer und des wirtschaftlichen Ausschusses gefunden werden. Die Besprechung dieser Interpellation war mit der 2. Beratung des Haushaltss des Reichswirtschaftsministeriums verbunden. Reichswirtschaftsminister Schmidt beantwortete die Interpellation, wobei er zugab, daß bei den örtlichen Stellen Missgriffe vorgekommen seien. Die Hauptfehle wurde bei Mitteilung der einzelnen Fälle eingeschreiten. Die Überwachung selbst sei unvermeidlich, weil die Beauftragtenbedörfe eine viel zu große Einflußnahme verhindern würden. Die schlimmste Plauderei würde verschwinden, wenn die ganze Angelegenheit der Postbehörde überwiesen werden könnte. Die unerwünschte Einfuhr müsse durch hohe Zölle ferngehalten werden.

In der nun folgenden Einzelberatung des Haushaltss berief Abg. Hartleb (Soz.) die schwerfällige Geschäftshandhabung der Innenhandelsstelle. Notwendig sei die Rückziehung von Reichsbeamtenbeschäftigten, die ihrer Aufgabe gewachsen seien.

Damit war die zweite Beratung des Haushaltss des Reichswirtschaftsministeriums erledigt, und man kam zur zweiten Beratung des

Haushaltss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Abg. Matzow (Komm.) verlangte die schleunige Einführung des Bezirkswirtschaftsrates unter Aufhebung der Handelskammern, Landwirtschaftskammern usw. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat muß endlich durch den endgültigen ersetzt werden.

Abg. Hammer (Deutschland) bemerkte, im nächsten Jahre würden die Bezirkswirtschaftsräte gebildet werden können, wenn auch nicht im Sinne der Kommunisten. Damit schloß die Aussprache. Ohne Auseinandersetzung wurde der Haushalt des Reichsfinanzministeriums erledigt. Beim Handelsrat des Reichswirtschaftsrates verlangte Abg. Degerl (Deutschland) eine Verbesserung der Beamten. Die Erats des Reichswirtschafts- und der allgemeinen Finanzverwaltung wurden ohne Aussprache erledigt, ebenso die Erats für die Ausführung des Friedensvertrages und des Auswärtigen Amtes. Eingegangen ist eine Interpellation der Deutschen Nationalen, die sich gegen die Erfüllung der von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgestellten Forderungen einer Umgestaltung der Schutzwelze richtet.

Hierauf vertrat sich das Haus auf Freitag.

Schweres Unglück in der Reichsmarine.

Zusammenfassung bei Sonthofen. — Zehn Todesopfer.

Von einem sehr tragischen Unglück ist unsere in ihrem Bestande seit dem Friedensschluß so stark herabgesetzte Marine betroffen worden:

In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Sonthofen bei einem Nachtmarsch unserer Schiffe und Torpedoboote ein Zusammentreffen zwischen dem Linienkreuzer „Hannover“ und dem Torpedoboot „S 18“ stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Sonthofen eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammentreffen folgende Angehörige der Torpedobootsbefestigung den Tod ge-

zuden: die Torpedomatenen Engelhardt, Schott, Voss, Sibella, Hammerschmidt, die Torpedoschützen Seipelt, Glinske, Bolz, Schied und Barth.

Das Torpedoboot „S 18“ war auf der Überfahrt nach Swinemünde begriffen. Es blieb schwimmfähig, doch sollen die Beschädigungen sehr schwer sein.

Die neuen erhöhten Postgebühren.

Ab 1. Juli 1922.

Der Reichsrat beriet die neuen Gebühren — formelle Gesetzesvorlage sind noch den letzten Reichstag beschlossen nicht mehr notwendig, sondern nur die Zustimmung durch Reichsrat und einen Ausschuß des Reichstags —, welche die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren bedeutend erhöhen. Die wesentlichen Punkte dieser Verordnung sind folgende:

Das Briefporto im Ortsverkehr wird für Briefe bis 20 Gr. auf 1 M. erhöht; über 20 bis 100 Gr. beträgt es 2 und über 100 bis 200 Gr. 3 M. Am Fernverkehr wird das Briefporto bis 20 Gr. auf 3 M. erhöht, für Briefe über 20 bis 100 Gr. auf 4 M. und solche bis 200 Gr. auf 5 M. Die Postkarte soll sämtlich im Fernverkehr 1,50 M. kosten, dagegen im Ortsverkehr, wie jetzt, 75 Pf.

Drucksachen: Für die Drucksachen-Karte fällt die bisherige Sondergebühr weg. Sie unterliegt der Gebühr für Drucksachen bis 20 Gramm. Bei Drucksachen bis 20 Gr. bleibt das Porto von 50 Pf. unverändert, die weiteren Stufen sind 75 Pf. bei 20 bis 50 Gr., 1,50 M. bei 50 bis 100 Gr., 3 M. bei 100 bis 250 Gr., 4 M. Bei Drucksachen bis 500 Gr. und 5 M. bei 500 Gr. bis 1 Kg. Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Gräfin oder ähnliche Höhleitsformeln mit höchst 5 Wörtern niedergeschrieben sind, wird das Porto von 40 auf 50 Pf. erhöht; für das Gesetzblatt 50 Pf. auf 4 M., bis 1 Kg. auf 5 M.

Fäkte: Für Warenproben bis 250 Gr. wird das Porto ebenfalls von 2 auf 3 M. erhöht, für solche bis 500 Gr. von 3 M. auf 4 M. Für sogenannte Mischsendungen, die aus zusammengepackten Drucksachen, Gedächtnispapieren und Warenproben bestehen, wird bis zu 250 Gr. häufig statt 2 M. 3 M. erhoben; bis 500 Gr. statt 3 M. 4 M. bis 1 Kg. statt 4 M. 5 M.

Päckchen: Für Päckchen fällt die bisherige Sondergebühr weg. Sie unterliegt der Gebühr für Drucksachen bis 20 Gramm. Bei Drucksachen bis 20 Gr. bleibt das Porto von 50 Pf. unverändert, die weiteren Stufen sind 75 Pf. bei 20 bis 50 Gr., 1,50 M. bei 50 bis 100 Gr., 3 M. bei 100 bis 250 Gr., 4 M. Bei Drucksachen bis 500 Gr. und 5 M. bei 500 Gr. bis 1 Kg. Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Gräfin oder ähnliche Höhleitsformeln mit höchst 5 Wörtern niedergeschrieben sind, wird das Porto von 40 auf 50 Pf. erhöht; für das Gesetzblatt 50 Pf. auf 4 M., bis 1 Kg. auf 5 M.

Vorste: Für Warenproben bis 250 Gr. wird das Porto ebenfalls von 2 auf 3 M. erhöht, für solche bis 500 Gr. von 3 M. auf 4 M. Für sogenannte Mischsendungen, die aus zusammengepackten Drucksachen, Gedächtnispapieren und Warenproben bestehen, wird bis zu 250 Gr. häufig statt 2 M. 3 M. erhoben; bis 500 Gr. statt 3 M. 4 M. bis 1 Kg. statt 4 M. 5 M.

Von der Neuordnung der Auslandspostgebühren ist zu erwarten, daß Briefe bis zu 20 Gr. häufig statt 4 M. 6 M. Porto tragen sollen. Postkarten nach dem Ausland kosten häufig statt 2,40 M. 5 M. Drucksachen unterliegen für je 50 Gr. einer Gebühr von 1,50 M. (bisher 0,80 M.).

Die Postfahrgeldgebühren werden derart bemessen, daß für jede Auszahlung durch Überweisung auf die Reichsbahn ein Zinthal vom Laufzeit des im Scheid angegebenen Betrages, sowie für jede Barauszahlung durch die Abstellstelle eines Postscheckamtes und für die Übersendung eines Scheids durch das Postscheckamt an eine Postanstalt 1 vom Laufzeit des Betrages erhoben werden.

Die Telegrafen Gebühr wird beim gewöhnlichen Telegramm auf alle Entnahmen aus 1,50 M. für jedes Wort bemessen. Mindestens kostet ein Ferntelegramm 15 M. Im Ortsverkehr soll 1 M. für jedes Wort erhoben werden. Mindestgebühr 10 M. für Preisettagramm wird die Hälfte dieser Gebühren erhoben.

Die Fernsprechgebühren werden um 100 Prozent erhöht.

Die Gebühr für Zeitungen wird ebenfalls erhöht. Der Tarif beginnt bei einem Durchschnittsgewicht bis 20 Gr. mit 5 Pf., die Mindestgebühr für den Betrieb einer Zeitung wird von jährlich 1,20 auf 3 M. erhöht.

Die neuen Erhöhungen sollen mit Ausnahme der neuen Zeitungstarife nämlich am 1. Juli in Kraft treten. Die neuen Zeitungsgebühren treten erst am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft, jedoch werden für Zeitungen mit halbjähriger und ganzjähriger Bezugszeit die bestehenden Verträge bis zum 31. Dezember d. J. noch nach den alten Gebühren erledigt.

vand gegeben zu haben; sie wollte sie Yvonne wegnehmen. Da wurde diese böse.

„Nun gräbe nicht! Deine dumme Puppe! Das fällt dir ein? Du hast wohl Angst um sie? Sei doch nicht so albern! Ich lasse sie auch mal haben!“ Und sie zog auch noch die kleinen Lachschuhe und die seidenen Strumpfchen aus.

Yvonne's Herz klopfte heftig, als sie sah, wie ihre geliebte Puppe so rücksichtslos behandelt wurde.

„Du gibst mir meine Puppe wieder!“ befahl sie.

„Da, du dumme Gans, ich will sie gar nicht mehr haben!“ Grost warf Yertia die Puppe der Cousine zu, doch so ungeschickt, daß Yvonne sie gar nicht fangen konnte. Sie fiel und der reizende Puppenkopf lag zerbrochen am Boden.

Bitterlich aufschluchzend, suchte Yvonne die Scherben zusammen. Sie sagte kein Wort; aber ihr gutes Wesen bildete eine einzige Auflage. Yertia war es doch ungemütlich geworden, und sie suchte dieses Gefühl durch Träumen zu erklären.

„Überenes Ding, sich so um eine Lumpige Puppe zu haben! Überhaupt noch mit Puppen zu spielen, wenn man bald konstruiert wird! Heute doch nicht so!“ fand sie Yvonne an. „Der Schaden ist nicht groß, meine Mama kaufst dir eine andere, eine viel schönere.“

„Ich will keine Puppe mehr haben!“ sagte Yvonne traurig und schlief die Scherben in ihr Schublach.

Christiane hörte Yertas laute, schreiende Stimme gehört. Ohne weiteres öffnete sie die Tür. „Hier liegt ihr! Ich habe euch schon gesucht. Ihr sollt zum Kaffee kommen. Was ist denn los? Weinst du schon wieder, Yvonne? Das Großmama das nicht gerne sieht, weißt du schon längst.“

„Ja, Christiane, ich weine, weil Yertia meine schöne Puppe entzweit gemacht hat!“

„Das ist nicht wahr!“ schrie Yertia, dumselot im Gesicht. „Ich soll daran schuld sein, weil du so ungeschickt warst und sie nicht gesungen hast! Lächerlich!“

„Na, Yertia, ich lenne dich und weiß, daß du dich nie in acht nimmst!“ lachte Christiane, der Yvonne in ihrem großen Schmerz leid tat. „In deinen Träumen ist nichts mehr.“

Yertia kreiste ihr die junge heraus. „Du alter Schulmeister, was geht's dich an! Lebhaftest paßt es Mama schon lange nicht mehr, daß du noch immer „Du zu mir sagst.“ Ich bin Baroness Yertia für dich, das merkt dir!“

„Genüms du dich etwa danach?“ Vorläufig blieb du ein Mädchen, ein Kind für mich wie jedes andere, mit noch einem bisschen unartig!“ verteidigte Christiane mit unterschwelligem Gleichmut. „Und was deiner Mama an mir nicht gefällt, kann sie mir selbst sagen. Die Großmama kann noch wirklich über dich freuen. Na, wartet nur!“

Gesetzung folgt.

Gräfin Lazarberg's Enkelin.

Roman von Fr. Uehne.

8)

(Nachdruck verboten.)

„Und da hat sie recht gehandelt! Mein, dich so zu entstellen! Weißt du, wenn du hier bist, nehmen wir den abschulichen Raum einfach aus dem Saal. So, siehst du, — und dann bist du wieder meine süße, kleine Yvonne.“ Und sie kehrte und drückte das Kind, das sich zutraulich in ihre Arme schmiegte.

Von draußen wurde laut ans Fenster gelöscht, und ein lächelndes Kindergesicht preschte sich an die Scheiben. Frau Großmama lugte durch die blühenden Geranien- und Fuchsienstäude. „Es ist Baroness Yertia!“ flüsterte sie und hob schnell den Raum wieder ins Saal.

Dann wurde aber auch schon tüpfellos die Tür aufgerissen, und Yertia stürzte herein, die es gar nicht der Mühe wert hielt, Frau Großmama zu begrüßen.

„Hier steht du, Yvonne! Ich suchte dich schon eine Ewigkeit! Was machst du nur eigentlich hier? Spieliß gar mit Käsen — ich daniel Solche gräßlichen Viecher!“ Unsanft ließ sie die schöne graue Käse, mit der Yvonne sich beschäftigte, vom Tisch fallen.

„O nicht doch, Yertia. Du tust ihr ja weh!“

„Hab' dich nur nicht um das Viech! Yertia, wie siehst du denn auf einmal aus? Wie abgedreht — rein zum Lachen!“

„Großmama wünscht es so.“

„Ach was, darum lämmere ich mich gerade, wenn's mir nicht passt. Nun allons! Wir wollen Räuber spielen! Komm schnell!“

Kröschelheld sah Frau Großmama hinter den beiden her. „Ahmes Ding,“ seufzte sie und zupfte die Decken gerade.

„Bist du denn eigentlich gern hier, Yvonne?“ begann Yertia. „Ich weiß nicht, ich möglie es nicht, so den ganzen Tag bei Großmama sitzen. Da möglie ich mich zu Tode — und immer lernen, nein, das tate ich nicht.“

„Ich muß gehorsam sein, Yertia! Wo sollte ich auch sonst weiter hin?“

„Hast denn deine Mama sonst keine Verwandte? Kein? Schadel! Da war's sicher lustiger als hier in dem alten Kasten. Du sagst auch, hier nicht tot, geschweige lebendig seind! Du wolltest mir doch immer schon deine Spieljäger zeigen, hattest es mir längst versprochen.“

„So viel hab' ich nicht! Das liebst ist mir meine Puppe, die mir Papa am letzten Weihnachten in Cannes gekauft hat. Die ist schön!“

Die Kinder gingen in Yvonne's Zimmer.

„Wie du es hier aushalten kannst, ist mir auch unverständlich; ich bedanke mich dafür! Hier spül' es ja!“ Und Yertia schaute ein wenig zusammen.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen am 22. Mai 1922.

In der heutigen Bezirksausschusssitzung gedachte Amtshauptmann Dr. Sievert zunächst des Verlustes, den die Bezirksversammlung durch den vor kurzem erfolgten Tod ihres Mitglieders, des in seiner Gemeinde sehr angesehen gewesenen Gütsbesitzers und Gemeindeältesten Schleifer in Weinböhla, erlitten hat, der während des Krieges und in der Folgezeit als landwirtschaftlicher Vertrauensmann auch die Amtshauptmannschaft längere Zeit hindurch in der Durchführung ihrer Aufgaben vereitelt unterstellt habe. Auf Grund des § 18 der Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über die Bäder zu den Bezirkssitzungen, Bezirksausschüssen usw. saug der Amtshauptmann vor, festzustellen, dass an Stelle des ausgelesenen der auf dem betreffenden Wahlvorschlag folgende Ortsrichter, Gütsbesitzer und Kaufmännischer Christian Heinrich Beulich in Weinböhla, Hauptkasse Ar. 21, als Erntemann in die Bezirksversammlung einzutragen habe. Der Bezirksausschuss beschloss demgemäß. — In der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes der Sächs. Bezirksverbände ist beschlossen worden, allen Bezirksverbänden zu empfehlen, ihren Vertretern bei den Mitgliederversammlungen des Verbandes der Sächs. Bezirksverbände diejenigen Sitze zu geben, die gewährt, die Teilnahme an den Vorstandssitzungen des Verbandes gewährt werden, das sind für Freiberg 80 Mark, für die übrigen Bezirke 120 Mark. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns beschloss der Bezirksausschuss nach der Anregung des Verbandes der Bezirksverbände. Gleichzeitig wurde die Amtshauptmannschaft erlaubt, bei dem Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, dass die jetzt nur 45 Mark beträgenden Vergütungen für die Mitglieder des Bezirksausschusses und der Bezirksversammlung für die Teilnahme an diesen Sitzungen auf dieselben Beträge erhöht werden. — Über die Vereinigung der Rittergärtner Barnitz, Neustadt u. Tanneberg mit den gleichnamigen Gemeinden berichtete ebenfalls Amtshauptmann Dr. Sievert. Auf Grund des Berichtes genehmigte der Bezirksausschuss die zuvor den genannten Gemeinden und den Rittergütern abgeschlossenen Verträge, die im allgemeinen dem von der Amtshauptmannschaft herausgegebenen Musterentwurf entsprechen.

Auf Vorschlag des Reg.-Rats Röhlke genehmigte der Bezirksausschuss einen Hafttrag zum Ortsgebiet über die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten an die Mitglieder des Gemeinderates, an die Gemeindebeamten und sonstigen Angehörigen der Gemeinde Brochwitz und einen Hafttrag zum Ortsgebiet der Gemeinde Weisatal über die Zusammenstellung der Gemeinderäte und die Wahl seiner Mitglieder. — Die Einziehung des Kommunikationsweges des im Kürbuche für Oberhöhewitz unter Nr. 88 eingetragenen Kommunikationsweges in Oberhöhewitz bis zur Flurgrenze mit Kreis für den östlichen Bereich wurde unter der Bedingung genehmigt, dass der Fußweg zum Teil als Zugangsweg für gewisse bebauten Grundstücke erhalten bleibt und dass jugendliche Gründstücke entsprechende Verlängerungen im Grundbuch erfolgen. — Der Bezirksausschuss genehmigte weiter ortsgesetzliche Bestimmungen der Gemeinden Rößnitz und Zschepplitz über die Einführung der Oeffentlichkeit der Sitzungen des Gemeinderates (Referent Regierungsrat Dr. Benecke) und ernannte Rittergutsbesitzer Friedr. Oehmichen in Barnitz zum stellvertretenden Mitglied der Bezirksfortbildungskommission Meißen. — Über einige notwendig gewordene Abänderungen des Entwurfs zu einem Vertrag mit den Inhabern der Fleischmeistereien von Holm Hermann in Meißen und Franz Sah in Lommatzsch über die Neuordnung der Radabberbezeugung berichtete derselbe Referent. Der Bezirksausschuss beschloss, den Sitzungsentwurf nach den gemachten Vorschlägen abzuändern und der Bezirksversammlung in der abgeänderten Fassung zur Genehmigung zu empfehlen. — Die Gemeinde Brochwitz bat über die Ausbringung, Verzinsung und Tilgung der Baulosten für die Bebauung von Brochwitz-Ost ein Ortsgebot angezeigt, das sich an ein im letzten Jahr genehmigtes Ortsgebot einer anderen Gemeinde anlehnt. Reg.-Baurat Dr. Wilder berichtete über das Ortsgebot, das eine Baulotensumme nach § 8 des Allgemeinen Baugegesetzes vorstellt und nach § 10 dieses Gesetzes der Genehmigung des Ministeriums des Innern bedarf. Das Ortsgebot ist durch die Gemeinde bereits dem Ministerium zur Prüfung vorgelegt und von ihm auch grundsätzlich genehmigt worden. Der Bezirksausschuss beschloss, sich dem Vorschlag des Referenten anzuschließen und die Genehmigung des Ortsgebots beim Ministerium des Innern zu befürworten. — Nachträge zur Gemeindebesteuerordnung der Gemeinden Görsdorf, Dobritz und Schmölln über die Erhöhung der Grundsteuer fanden auf Vorschlag des Reg.-Assessors Dr. Müller Genehmigung.

Amtshauptmann Dr. Sievert berichtete sodann über die Frage der Automobilisierung des Krantenzentralsystems. Seit der letzten Bezirksausschusssitzung seien von verschiedenen leistungsfähigen Firmen Preisangebote eingezogen worden, die zum Vortrag gelangten. Unabhängig von der Umfrage des Bezirksverbandes sei inzwischen auf Grund einer Anregung der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen der Verband der sächsischen Bezirksverbände in Dresden in Erwägungen über die Automobilisierung des Krantenzentralsystems für das ganze Land eingetreten. Auf Veranlassung des Ministeriums wurde die Frage voraussichtlich in nächster Zeit von den Kreishauptmannschaften für die Regierungsbezirke erörtert und geprüft werden. Bis zum Abschluss dieser Erörterungen dürfte aber noch genügend Zeit vergehen. Es erhebe sich die Frage, ob der Meißen Bezirk auf den Abschluss der für das ganze Land anzustellenden Erörterungen warten oder unabhängig davon schon jetzt für sich einen Krantenzentralsystem befreifen sollte. Gefeier man davon aus, dass die Preise für Automobile im Laufe des nächsten Jahres eben noch steigen als fallen werden, so werde mit der Beschaffung eines eigenen Wagens für den Bezirk kaum ein Nutzen verbunden sein. Komme dann später die sächsische Krantenzentralsystemgesellschaft zustande, so könne man ihr den Wagen eventuell lauflich überlassen und das Weiter mit ihr teilen. Wenn sie die Regelung übernehmen, so würde dies natürlich manchen Vorteil haben, manches würde vereinfacht werden, z. B. brauchte sich der Bezirksverband nicht um die Fahrberechtigung zu kümmern. Da die Angelegenheit aber heute noch nicht spruchreif sei, zunächst auch nochmals mit der Kreishauptmannschaft Dresden und der Kraftverkehrsgesellschaft Rücksicht zu nehmen sei, hielt es der Amtshauptmann für zweckmäßig, der Bezirksversammlung vorzuschlagen, die Entscheidung wegen Ankaufs eines Wagens für den betreffenden Bezirk oder wegen Regelung der Angelegenheit in Verbindung mit der Kraftverkehrsgesellschaft „Freistaat Sachsen“ dem Bezirksausschuss zu überlassen. Der Bezirksausschuss beschloss nach diesem Vorschlag.

Die Gebührenordnung des Bezirksverbandes für Amtshandlungen in seinem Bezirksbereiche, deren Entwurf vom Vorstand des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände empfohlen worden ist und den Bezirksausschuss in der letzten Sitzung bereits beschäftigt hatte, bedarf unter Nr. 4 (Versorgung mit Kohlen) einer Ergänzung, nach der die Ausstellung von Bandabfahrtcheinern, wie dies bisher schon immer geschehen sei, mit 30 Pfennigen für den Rentner berechnet werden soll. Die Abänderung wird der Bezirksversammlung zur Genehmigung empfohlen.

Der Bezirksausschuss hatte im November vorigen Jahres beschlossen, den vom Verwaltungsrate der Kindesheilstätte Dresden geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen und sich an den Kosten der Errichtung eines Neubaubaus zu beteiligen. Wie Amtshauptmann Dr. Sievert mitteilte, soll nach einem Schreiben des Verwaltungsrates das Neubauprojekt nun in diesem Jahre errichtet werden, nachdem der Stadtrat zu Dresden ein entsprechendes Darlehen zur Verfügung gestellt hat. Die Verzinsungs- und Tilgungsdaten werden dem Jahresaufwand zugerechnet werden. Sämtliche beteiligte Bezirksverbände haben sich hiermit einverstanden erklärt. Der Bezirksausschuss nahm von dieser Mitteilung zustimmend Kenntnis.

Nach Genehmigung eines Nachtrages zum Ortsgebot über die sozialen Totenbestattungen in der Gemeinde Sörnewitz

wurden mit Zustimmung des Bezirksausschusses 3 für die nichtöffentliche Sitzung vorgegebene Punkte in öffentlicher Sitzung behandelt. Amtshauptmann Dr. Sievert berichtete zuerst über ein Gesuch der Ortsgruppe Meißen des Zentralverbandes der Arbeitslosenverbände Deutschlands um Förderung einer Unterstützung aus Bezirksmitteln zur Abordnung der Delegierten an einem im Juni stattfindenden Verbandsitag in Braunschweig. Der Amtshauptmann trug aus grundjährlichen Gründen und der Folgen wegen Bedenken, das Gesuch zu unterstützen, so verständlich der Wunsch der Meißen Ortsgruppe sei, an der Tagung in Braunschweig und den Beratungen über die anzustrebende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitslosen teilnehmen. Während Bürgermeister Wendt der Aussöhnung des Amtshauptmanns beitrat, verteidigte sich Gemeindeältester Kell für Bewilligung einer Beihilfe. Der Bezirksausschuss schloss sich dem Vorschlag an, das Gesuch aus grundsätzlichen Bedenken abzulehnen.

Den Bezirksausschuss beschäftigten sodann zwei Gesuche des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsgruppe Meißen, um Gewährung einer Unterstützung aus Bezirksmitteln. Das eine Gesuch erforderte eine Beihilfe für die Betriebsreden auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, das andere eine Unterstützung in ähnlichem Umfang, wie sie anderen Vereinigungen, z. B. dem Gewerkschaftskreis Meißen, dem Landwirtschaftlichen Bezirksverband Meißen und dem Bezirksausschuss des Handwerks in Meißen vom Bezirk bewilligt sind. Die Amtshauptmannschaft schlug vor, die Einschätzung auf das 2. Gesuch auszudehnen, da noch nicht dargelegt sei, in welcher Weise die Meißen Ortsgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig sei und ähnliche Einrichtungen unterhalte, wie die bisher unterstützten Organisationen, aus das 1. Gesuch um Unterstützung der Betriebsreden des Bundes auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, die ihm belässt, aber einen Betrag von 600 Mark zu bewilligen. Gemeindeältester Kell sprach zunächst gegen Gewährung jedweder Unterstützungen, weil der Umfang der Tätigkeit des Bundes viel zu groß sei. Der Bezirksausschuss beschloss nach weiterer Aussprache dann einstimmig, 600 Mark für die Zwecke der Jugendfürsorge zu bewilligen, im übrigen das Gesuch aber zurzeit abzulehnen.

Der Amtshauptmann berichtete zum Schluss über ein Gesuch des Centralverbandes der Arbeitslosenverbände des Deutschen Reichs, Ortsgruppe Meißen, um Gewährung eines Unterstützungsbeitrages von 500 000 Mark aus Bezirksmitteln. Die Ortsgruppe batte, diesen Beitrag als einmalige Unterstützung zur Sicherung der Rönt unter den Arbeiterterritoria, sowie denjenigen Personen, welche keine gesetzliche Rente auf Grund der Reichsversicherungsordnung beziehen, zu bewilligen und begründete den Antrag in längeren Ausführungen. Amtshauptmann Dr. Sievert wies zunächst darauf hin, dass diejenigen Personen, die kleinere Rente beziehen und unterstützungsbefähigt sind, im Wege der Armenpflege von den Ortsarmenverbänden zu unterstützen seien; sie müssten daher aus einer event. Unterstützungsaktion des Bezirks für die Rentner ausscheiden. Weiter wies er darauf hin, dass der Bezirksausschuss für die Sozial- und Kleinrentner im December v. J. einen Betrag von 300 000 Mark bewilligt und zur Auszahlung gebracht habe. Sei auch den vielen bedürftigen Rentnern damit nur eine kleine Hilfe zuteil geworden und sei die Rente der Sozial- und Kleinrentner auch allen bekannt, so müsste zunächst doch die finanzielle Wirkung der jetzt vom Reich und Land in Aussicht genommenen Maßnahmen auf die Bezirke abgewertet werden, ehe dem vorliegenden Gesuch der Sozialrentner nähergekommen werden könne. Durch Reichsgesetz vom 24. April 1922 sei die Sozialrentnerhilfe neu geregelt und bis zu einer Grenze von 400 Mark erweitert worden. Unter Teilnahme des Reiches, des Landes und der Bezirke zu je einem Drittel werde dannmäglich auch die Kleinentrenterhilfe, die zur Bezirksausgabe erklärbar werden solle, geregt werden. Einem Kleinrentner solle stiftung möglichst die jährliche Einkommensgrenze gewährleistet werden, wie sie in der Sozialrentnerhilfe erreicht wurde. Es sieht sich jetzt noch nicht übersehen, wie hoch die jährliche Ausgabe sei, die dem Bezirk hieraus erwachsen werde. Man könne aber wohl auf etwa 700 000 Mark jährlich rechnen. Der Bezirksausschuss beschloss, dem Vorschlag des Amtshauptmanns entsprechend, einstimmig, die Einschätzung auf das Gesuch auszudehnen, bis sich die Höhe der Kosten übersehen lasse, die der Bezirk durch die ihm bevorstehende Unterhaltung der Kleinrentner übertragen bekommen werde.

Der öffentlichen Sitzung folgte eine nichtöffentliche Sitzung mit 19 Punkten.

Aus Stadt und Land.

Wollen Sie Ihre Meinung nehmen wie Ihnen das Leben entspricht.

Wilsdruff, am 28. Mai.

Eine Mai-Schwemme ist mit Anfang der Woche in Erscheinung getreten. War schon am Sonntag und Montag die Temperatur sommerlich warm, so steigerte sich die Hitze in den letzten Tagen noch ganz außerordentlich. Das Quetschfieber verzeichnete in der Mittagsstunde die für die Jahreszeit ganz ungewöhnliche Temperatur von 50 Grad Celsius in der Sonne. Auch der gefährliche Himmelsfrühtag bescherte uns schönes, warmes und sonniges Wetter. Der Feiertagscharakter dieses Festes wurde dadurch nicht wenig gehoben. Das übliche Himmelsfrühtagsgewitter machte sich in der 3. Nachmittagsstunde durch sernes Donnerrollen bemerkbar. Tausende von frohgestimmten Menschen nutzten den Tag nach Kräften aus, um sich in Gottes schöner Maienatmosphäre ausgiebig zu ergehen. Lichte, zarte Frühlingskleider sah man überall, und sie sogen sich als fröhliche Harbensleidchen anmutig in das junge, frische Grün der Lehnstruktur hinein.

— Elternratswahlen. Nächsten Sonntag von vormittags 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr finden in der Schule die Wahlen zum Elternrat statt. Es sind zwei Listen aufgestellt; neben der der Anhänger der weltlichen Schule hat die christlich gesinnte Elternschaft unter Führung des Gewerbeverein eine besondere Liste aufgestellt, die mit dem Namen Geißler beginnt. Es ist Pflicht aller Eltern, die Kinder in die hiesige Schule schicken, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

— Die Mitte des Frühlings ist erreicht. Die Zunahme der Tageshöhen macht in diesem Monat weitere Fortschritte. In diesen Tagen trat die Sonne aus dem Zeichen des Stiers in das der Zwillinge. Am 1. Mai stand sie rund 15 Grad nördlich vom Äquator. Sie steigt auf ihrer scheinbaren Bahn am Himmel noch weiter nördlich empor, und so sich mit jedem Tag ihre Auf- und Untergangspunkte weiter nach Nordosten bzw. Nordwesten verschieben, werden die Tagesbogen täglich größer, was ein längeres Verweilen der Sonne über dem Horizont und damit ein weiteres Anwachsen der Tagesdauer bedeutet. Diese Zunahme der Tagesdauer erreicht erst am 22. Juni ihren Abschluss, an welchem Tag sich die Sonne zum Abstieg auf der Ellipse „wendet“ (Sommerjohannes). Die Temperatur hat in den letzten Tagen schon eine wahrhaft sommerliche Höhe erreicht. Das schadet zunächst nichts, denn es gab heuer monatelang nachzuholen, wäre aber für die Dauer nicht erwünscht. Der Mai soll, wie seine erste Hälfte war, kühl und feucht sein.

Zum Volksbegehr auf Landtagsauflösung. Die Deutsche demokratische Partei für Sachsen erlässt folgende Kundgebung: „Die jegliche sächsische Staatsregierung, aus der die Hälfte des sächsischen Volkes als rechtlich ausgeschlossen erscheint, steht in scharfem Widerspruch zu den Grundsätzen, nach denen die Volksgemeinschaft auf einen wirklichen Volksstaat beruhen soll. Dazu kommt, dass die Regierung, wie aus wichtigen Abstimmungen hervorgeht, nicht das Vertrauen hat, dessen sie nach der Verfassung bedarf. Trotzdem ist sie nicht, wie es der parlamentarische Brauch ist und erforderlich würde, zurückgetreten. Sie hat dadurch bewiesen, dass sie die demokratischen Grundsätze bewusst missachtet. Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass alle

Männer und Frauen, die treu zu den Grundsätzen wahrer Demokratie stehen und eine Volksgemeinschaft als Ziel einer demokratischen Politik anstreben, nun dem Volksbegehr auf Landtagsauflösung zustimmen. Wir fordern deshalb alle unsere Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land auf, ihre Namen in die für das Volksbegehr ausgewiesenen Listen einzutragen.“

Die Arbeitsmarktlage hat auch in der vergangenen Be richtswoche wenig Änderung erfahren. Es gewinnt aber den Anschein, als ob in einigen Berufszweigen der Höhepunkt der Beschäftigungsmöglichkeit erreicht ist. In der Landwirtschaft hält der Bedarf an männlichen und weiblichen Arbeitskräften unvermindert an. Die Viehbetriebe sind fast beschäftigt. Dauernden Mangel an Facharbeitskräften verzeichnet die Metallindustrie. Die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie stand in Weißbach im Zeichen des am 13. Mai ausgebrochenen Streiks. Die Anforderung von Arbeitskräften in der Stickerei- und Spitzengabrikation ließ nach. Die äußerst günstige Lage der Holzindustrie führte zu weiterer Nachfrage nach geklerten Möbelstücken usw. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Lage unverändert. In der Zigarrenindustrie herrscht teilweise noch größere Arbeitslosigkeit. Die Zigarettenindustrie hatte gesteigerter Bedarf an Arbeitskräften. Die Süßwarenindustrie nahm weiterhin Entlassungen vor. An den freien Berufen zwang die vertieerte Lebensweise auch die Angehörigen des Musiker gewerbes zur Annahme von sonstiger Lohnarbeit.

Tagung der Sachsischen Einzelhandels-Gemeinschaft. In Crimmitschau trat die Sachsische Einzelhandels-Gemeinschaft zu ihrem 1. Vertretertag zusammen. Nach dem Empfang der auswärtigen Vertreter begann die Geschäftsführerkonferenz. Sie nahm Stellung zur Bildung der Verbraucherlizenzen, zur Schaffung eines Landshöfts, zum Stande der Buchergesetzgebung, zur Preistreibereiordnung, zum Güterstrukturat, zur Ausführungsordnung vor allen Dingen für Qualitätswaren und nicht lebensnotwendigen Gegenständen, zur Steuergesetzgebung und zur Schaffung eines eigenen Verbandsorganes. Einer Vorstandssitzung folgte die eigentliche Vertretertagung. Nach der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten durch den geschäftsführenden Vorsitzenden Prof. Dr. Kollner, Dresden, referierte Herr Hirselfeld, Dresden, vom Verband der Waren- und Kaufhäuser, über die Lage des Einzelhandels in Sachsen und erörterte besonders allgemeine wirtschaftliche Fragen. Hierauf sprach Dr. Hilpert, Leipzig, über finanzpolitische und Steuerfragen, daran anschließend verteidigte sich Dr. Martini, Crimmitschau, in anschaulicher Weise über Sozial- und Tarifpolitik.

Schmiedet die Hämmer Einen auch in anderen Städten beachtenswerten Aufruhr erläutert der Bürgermeister von Berga a. d. Elster. Er fordert die Einwohner auf, die Häuser mit Blumen zu schmücken. Die Einönigkeit der Straßen kann durch blumengeschmückte Fenster vermieden werden, ganz abgesehen davon, dass auch die Wohnungsinhaber ihre Freude an den blumebestäubten Fensterrüschen erleben würden. Sicherlich!

Kirchenernte und Kirchentagspreis. Man schreibt uns: In den großen Kirchengegenden der Kreishauptmannschaft Dresden wird, soweit sich bereits übersehen lässt und falls keine Naturereignisse eintreten, im Durchschnitt mit einer guten Mittelernte gerechnet. Vereinzelt sind die Landstriche mit sogar sehr reichem Fruchtaufzauber zu verzehren, wobringt es aber strittweise Kirchenalleen mit nur geringem Baumbedarf gibt. Was die Kirchenspreise anbelangt, so ist mit einem ganz erheblichen Sprunge nach außen zu rechnen. Wie auf alten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens die Preisbewegung dauernd nach oben geht, so sind seit Jahresbeginn die Transport- und alle anderen Unkosten gewaltig gestiegen. Im vergangenen Jahre wurden für die Kirchenuhrungen schon hohe Preise gezahlt, die man einfach nicht für möglich gehalten hätte. Die Verpadung der Kirchenuhrungen ist in den letzten Tagen und Wochen zum größten Teil erfolgt. Somit bisher belohnt geworden ist, sind für dieses Jahr die Packsummen des Vorjahrs um durchschnittlich 75 v. H. gestiegen, verschiedentlich boten auswärtige Unternehmer auch geringe Doppelte, im Jahre 1921 erzielten Betrag als Packsumme. Einen sehr wesentlichen Ausschlag für die Festsetzung der Kleinverkaufspreise bezw. der Gestaltungskosten geben begrenzter Weise auch die zu zahlenden Pfunderlöne. Die Kirchenpfänder fordern in dieser Periode Wochentypen von 1800 bis 2000 M. Damit kommt allein das Pfund Kirchen zu pfänden in der allgemeinen Erntezeit je nach der Geschicklichkeit des betreffenden Kirchenpfänders auf 2 bis 3 M zu stehen. Betrachtet man all die vorerwähnten Faktoren näher, dann lässt sich leicht vorausahnen, wie hoch der Pfundpreis der Kirchen im Kleinvorlauf sein wird. Aus Kreisen der Kirchenpfänder wird mittelstet, dass in der Erntezeit mit einem Zentnerpreis von 500 bis 800 M zu rechnen ist, damit dürften die so beliebten Früchte wohl kaum unter 8 bis 10 M das Pfund zu haben sein.

— Zuwachs von Wohnungen an Ausländer. Dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — sind Fälle bekannt geworden, in denen Wohnungsämter Ausländern Wohnungen zugewiesen haben, bevor diese im Besitz der Einreiselandländer waren. Diese Handhabung hat insofern zu Unzuträglichkeiten geführt, als bei der später erfolgten Verfolgung der Einreiselandländer die in Frage kommenden Ausländer ihre Wohnungen, die z. T. in ihnen erst gekauft haben, dazu Gelegenheit der Beschlagnahme der Wohnung, die sie in Gottes schöner Maienatmosphäre verdeckt hatten, darin versteckt haben, dass die dazu erteilte Genehmigung die Einreiselandländer darstellt. Um dem in Zukunft vorzubeugen, werden die mit Vergebung von Wohnungen besetzten Stellen in einer Verordnung des Ministeriums des Innern angewiesen, die Genehmigung zum Bezug einer Wohnung erst dann zu erteilen, wenn die Einreiselandländer vorliegt.

— Die zur Reise gehenden alten „Winterkostfressen“ sind meist mehr oder weniger schwärzlig und es geht dadurch ein gewisser Prozentsatz verloren, da diese süßen Stullen ungeießbar sind. Diesem Albel kann auf einfache Weise begegnen, wenn man dem Kochwasser, gleichviel ob die Kostfressen geschält oder als Pellkartoffeln gekocht werden, 1 Chl. Essig befügt.

— Der sächsische Landessturzrat gegen die Zwangsanleihe. Der Sächsische Ausschuss des Landessturzrates hat sich in seiner letzten Sitzung unter anderem auch mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe beschäftigt, die bereits durch das Gesetz über Änderungen im Finanzgesetz vom 8. April 1922 beschlossen ist und in der Höhe des Gegenwertes von einer Goldmilliarde, der von der Reichsregierung mit etwa 60 Papiermilliarden angenommen wird, aufgelegt werden soll. Bei der einschneidenden Bedeutung dieses Gesetzes über das gesamte Wirtschaftsleben und insonderheit für die Landwirtschaft vom Standpunkt der Beschaffung des erforderlichen Betriebskapitals wird der Landessturzrat nach eingehender Beratung im Sächsischen Ausschuss nochmals die schwersten Bedenken zum Ausdruck bringen, als dann zu den einzelnen Punkten über die Verzinsung, die Tilgung, die Zeichnungspflicht sowie die Vorauszeichnung und endgültige Zeichnung ausführlich begründete Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge machen.

— Erhöhung der Eintrittspreise an der Staatsoper. Amtlich wird gemeldet: Infolge des fortwährenden Anwachsens alter Ausgaben, macht sich mit Wirkung vom 1. Juni ab erneut eine starke Erhöhung der Eintrittspreise zu der Staatsoper notwendig. Von der Erhöhung sollen jedoch einheimische Besucher, die sich durch einen amtlichen Lichibildausweis als solche ausweisen können, bestreit bleiben.

